

Titel: „Freiheitsentziehende Maßnahmen – manchmal nötig, immer problematisch“

Leitung: Peter Albrecht (Diplom-Pädagoge)

Dauer: 4 Zeitstunden

Zielgruppe: Alle Mitarbeiter*innen der HPE

Zeit u. Ort: Montag, 05.05.2025

12:30 - 16:30 Uhr, Fortbildungsraum Hermannsburg

Getränke, Obst und kleine Snacks sind inklusive. Allergien oder Ernährungsbesonderheiten können berücksichtigt werden, wenn diese spätestens eine Woche vor dem Termin bei Dominique Kulks angegeben werden.

Zusammenfassung:

Freiheitsentziehende Maßnahmen (FEM) sind immer ein erheblicher Eingriff in die Grundrechte eines Menschen und stellen immer eine Gewaltanwendung dar. Der Entzug der Freiheit ist grundsätzlich rechtswidrig! Zum Einsatz kommen dürfen FEM deshalb nur unter klar bestimmten Voraussetzungen!

In dieser Fortbildung werden also zunächst diese rechtlichen Voraussetzungen für die konkrete Anwendung von FEM im Mittelpunkt stehen.

Darüber hinaus befinden sich Pflege- und Betreuungskräfte bei der Anwendung von FEM immer in einem ethischen Dilemma. Im Alltag müssen sie oft sehr schnell entscheiden, wann alternative Maßnahmen keinen ausreichenden Schutz vor Selbst- und/oder Fremdverletzungen mehr bieten und welche FEM dann am wenigsten in die Freiheitsrechte des Klienten eingreift.

Auch müssen mögliche physische und psychische Konsequenzen bei und in Folge von FEM bedacht werden. Dies gilt sowohl auf Seiten der Klienten als auch für Mitarbeitende.

Schließlich ist eine lückenlose und nachvollziehbare Dokumentation zwingend erforderlich!

Ziele:

1. Handlungssicherheit in den rechtlichen Grundlagen von FEM
2. Sensibilität für die Anwendung von FEM
3. mögliche physische und psychische Konsequenzen bei und nach einer FEM
4. Wissen über die Pflicht zur Dokumentation und was die Dokumentation beinhalten muss

Inhalt:

- **rechtliche Grundlagen von FEM**

- Verständnis von FEM als erheblichen Grundrechtseingriff, die nur mit Zustimmung der Person (bzw. rechtl. Betr.) und mit einem richterlichen Beschluss erlaubt ist
- FEM sind alternativlose Maßnahmen - es bestehen keine anderen möglichen mildereren Alternativen, die eine Selbst- und /oder Fremdgefährdung minimieren - sonst wäre der Einsatz rechtswidrig
- Genehmigung einer FEM durch Beschluss bedeutet keine Pflicht zur Anwendung
- Mögliche Alternativmaßnahmen (ursachenbezogen, einrichtungsbezogen)
- Risiko-/Nutzenabwägung - die gewählte FEM muss die mildeste Maßnahme sein
- Es muss trotzdem immer individuell geprüft werden, ob die Maßnahme an die Bedürfnisse angepasst ist
- Strafrechtliche Konsequenzen bei rechtswidriger Anwendung

- **Verständnis über Folgen von FEM auf allen Seiten**

- Verletzungen und psychische Belastungen
- mögliche Negativspirale bei Fixierungen

- **Richtige Durchführung der FEM**

- Checkliste im Umgang mit FEM
- Prüfung auf Vorliegen des Beschlusses und einwandfreier Zustand der Hilfsmittel
- Sachgerechte Anwendung innerhalb des im Beschluss begrenzten Zeitraumes
- Vollständige Dokumentationspflicht der FEM (inkl. Dokumentationsprogramm P&D)

Weiterführende Literatur:

- Alexander Breme, Stephan Beek, Klaus Urban: "Freiheitsentziehende Maßnahmen in der Pflege: Rechtliche Grundlagen, Alternativen und Fallbeispiele", 2019, Verlag Springer, ISBN-13: 978-3662585422
- Heiko Burrack, Gisela Heller, Christine Vogelgesang: "Freiheitsentziehende Maßnahmen in der Pflege: Konzeption und Umsetzung", 2013, Verlag Hogrefe, ISBN-13: 978-3801719534

Anmeldungen erfolgen über die Abteilungsleitungen. Rückfragen an:

Yannick Tahn (tahn@familienwerk.de) oder Dominique Kulks (kulks@familienwerk.de)